

Öffentlich-rechtlicher Vertrag¹

zwischen

dem Land Rheinland-Pfalz,

vertreten durch das

Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung,

Schießgartenstraße 6

55116 Mainz,

dieses vertreten durch den Präsidenten

– im Nachfolgenden: Land –

und

Titel Vorname Nachname

Straße Hausnummer

Postleitzahl Ort

Geburtsdatum und Geburtsort

– im Nachfolgenden: Verpflichtete Person –

ggfls. vertreten durch den gesetzlichen Vertreter:

Titel Vorname Nachname

Straße Hausnummer

Postleitzahl Ort

¹ Öffentlich-rechtlicher Vertrag Quote Öffentlicher Gesundheitsdienst

§ 1

Gegenstand des Vertrages

(1) Die verpflichtete Person absolviert nach erfolgreich abgeschlossenem Studium der Medizin eine Weiterbildung in der Fachrichtung öffentliches Gesundheitswesen oder optional, sofern hierfür zum Zeitpunkt der Approbation ein besonderer öffentlicher Bedarf nach § 3 Abs. 1 des Landesgesetzes zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz in der jeweils geltenden Fassung festgestellt wurde, in einer anderen Facharzttrichtung. Die Weiterbildung ist grundsätzlich in einem Landkreis aufzunehmen, für das ein besonderer öffentlicher Bedarf im Sinne des § 3 des Landesgesetzes zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz festgestellt wurde.

(2) Nach erfolgter Weiterbildung übt die verpflichtete Person für die Dauer von zehn Jahren eine Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst in den Landkreisen in Rheinland-Pfalz aus, für die der Landkreistag Rheinland-Pfalz gemeinsam mit dem Landesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes Rheinland-Pfalz einen besonderen öffentlichen Bedarf gemäß § 3 des Landesgesetzes zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz festgelegt hat.

§ 2

Aufgaben der verpflichteten Person

(1) Die verpflichtete Person strebt den erfolgreichen Abschluss des Medizinstudiums innerhalb der Regelstudienzeit an.

(2) Sollte es zu Verzögerungen von mehr als einem Semester kommen, so hat die verpflichtete Person das Land unverzüglich über den Grund für die Verzögerung und die voraussichtliche Dauer des Studiums schriftlich zu informieren.

(3) Die verpflichtete Person ist grundsätzlich verpflichtet eine Famulatur für die Dauer eines Monats in einer geeigneten Einrichtung des öffentlichen Gesundheitswesens, in der ärztliche Tätigkeiten ausgeübt werden, abzuleisten.

(4) Die verpflichtete Person verpflichtet sich, die Weiterbildung gemäß § 1 Absatz 1 unverzüglich nach Abschluss des Studiums der Medizin zu absolvieren. Der Beginn der Weiterbildung soll sich unmittelbar an das Studium anschließen. Sollte es zu Verzögerungen von mehr als zwei Monaten kommen, so hat die verpflichtete Person das Land unverzüglich über den Grund für die Verzögerung zu informieren.

(5) Die verpflichtete Person verpflichtet sich dazu, die Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst gemäß § 1 Absatz 2 unverzüglich nach Erlangung der Facharztanerkennung aufzunehmen. Nach Erlangung der Facharztanerkennung bewirbt sie sich um eine Anstellung im Öffentlichen Gesundheitsdienst in

Landkreisen für die der Landkreistag gemeinsam mit dem Landesverband der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes Rheinland-Pfalz einen besonderen öffentlichen Bedarf gemäß § 3 des Landesgesetzes zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz festgelegt hat. Sollte es bei der Aufnahme der Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst zu Verzögerungen von mehr als zwei Monaten kommen, so hat die verpflichtete Person das Land unverzüglich über den Grund für die Verzögerung zu informieren.

(6) Sofern die Aufnahme einer Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst nur deshalb nicht möglich ist, weil keine Landkreise mit einem besonderen öffentlichen Bedarf festgestellt werden konnten, tritt an die Stelle der Verpflichtung nach Absatz 5 Satz 1 die Verpflichtung, sich nachweislich um die Aufnahme einer Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz zu bemühen.

(7) Die verpflichtete Person informiert das Land unverzüglich schriftlich oder elektronisch über die Aufnahme des Studiums der Medizin und der Weiterbildung und über die Aufnahme, Unterbrechung und Beendigung der Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst. Zum 31. Januar eines jeden Jahres hat die verpflichtete Person dem Land eine Immatrikulationsbescheinigung vorzulegen und über den Fortschritt des Studiums zu informieren, bzw. den Stand der Weiterbildung mitzuteilen.

(8) Die Ausübung der Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst hat die verpflichtete Person dem Land gegenüber jeweils bis zum 31. Januar eines jeden Jahres unaufgefordert bis zum Ende der Dauer der Verpflichtung nach § 1 Abs. 2 nachzuweisen.

(9) Die Verpflichtung nach Absatz 5 gilt für eine Dauer von zwölf Monaten. Der Nachweis des Bemühens um die Aufnahme einer Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst erfolgt schriftlich gegenüber dem Land. Die verpflichtete Person hat dem Land spätestens nach Ablauf von drei Monaten nach Abschluss der Weiterbildung und sodann fortlaufend alle drei Monate Unterlagen vorzulegen, aus denen hervorgeht, dass sie sich um die Aufnahme einer Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz in dem maßgeblichen Zeitrahmen beworben haben.

(10) Jede Änderung der Wohnanschrift und des Familiennamens sind dem Land unverzüglich schriftlich nachzuweisen.

(11) Im Übrigen bestimmt das Land welche Nachweise in welcher Form und in welchen Zeitabständen zu führen sind.

(12) Alle Meldungen hat die verpflichtete Person an das zuständige Referat des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung zu richten, deren Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auf www.lsjv.rlp.de veröffentlicht sind.

§ 3

Dauer, Teilzeit, Aufschub

(1) Die Dauer der Tätigkeit gemäß § 1 Absatz 2 beträgt zehn Jahre ab Aufnahme der Tätigkeit. Bei Unterbrechungen der Tätigkeit verlängert sich die Dauer nach Satz 1 entsprechend.

(2) Die Aufnahme der Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst kann in der Form einer Anstellung oder Verbeamtung erfolgen. Die Tätigkeit kann auch in Teilzeit erfolgen. Der Umfang der Tätigkeit darf dabei einen Stellenanteil von 0,5 einer Vollzeitbeschäftigung nicht unterschreiten.

(3) Für die Erfüllung der Verpflichtungen gemäß § 1 kann das Land auf Antrag einen Aufschub gewähren oder eine Unterbrechung zulassen, wenn ansonsten eine besondere Härte eintreten würde.

§ 4

Vertragsstrafe

(1) Verletzt die verpflichtete Person eine der Pflichten aus § 2 Absatz 4 Satz 1 oder § 2 Absatz 5 Satz 1, hat sie eine Strafzahlung nach Maßgabe des § 4 Absatz 1 des Landesgesetzes zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz in Verbindung mit § 6 Absatz 1 der Landesverordnung zur Durchführung des Landesgesetzes zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz in der jeweils geltenden Fassung bis zu einer Höhe von 250.000 € zu leisten. Die Strafzahlung wird auch dann fällig, wenn eine andere als die in § 1 Absatz 1 genannte Weiterbildung begonnen wird oder wenn die verpflichtete Person die Tätigkeit im Öffentlichen Gesundheitsdienst in einem anderen als in § 1 Absatz 2 genannten Landkreis aufnimmt.

(2) Das Land kann von der Festsetzung einer Strafzahlung gemäß Absatz 1 Satz 1 ganz oder teilweise absehen, wenn ansonsten eine besondere Härte eintreten würde. Eine besondere Härte liegt vor, wenn in der Person liegende besondere soziale, gesundheitliche oder familiäre Gründe die Erfüllung der Verpflichtung unzumutbar machen.

(3) Die Festsetzung der Vertragsstrafe erfolgt unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse der verpflichteten Person. Die Vorschriften des Achten Buchs der Zivilprozessordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 5

Wirksamkeit und Vertragsbeendigung

(1) Die Wirksamkeit dieses Vertrages steht unter der aufschiebenden Bedingung, dass die verpflichtete Person im Rahmen des Auswahlverfahrens gemäß § 8 der

Landesverordnung zur Durchführung des Landesgesetzes zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz ausgewählt und zum Studiengang Medizin zugelassen wird.

(2) Das Vertragsverhältnis endet, wenn die Verpflichtungen gemäß § 1 und § 3 vollständig erfüllt wurden oder wenn eine ärztliche Prüfung oder ein Abschnitt der ärztlichen Prüfung nach der Rechtsverordnung gemäß § 4 Absatz 1 der Bundesärzteordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1987 (BGBl. I S. 1218) endgültig nicht bestanden wurde.

§ 6 Unübertragbarkeit

Die verpflichtete Person hat die ihr aufgrund dieses Vertrags obliegenden Pflichten persönlich zu erfüllen. Diese sind nicht auf Dritte übertragbar.

§ 7 Datenschutz

Das Land trifft die technischen und organisatorischen Maßnahmen, die erforderlich sind, um eine den datenschutzrechtlichen Vorschriften entsprechende Verarbeitung der Daten des/der Verpflichteten sicherzustellen.

§ 8 Vertragsänderungen

Vertragsänderungen oder -ergänzungen sind dem Land vorbehalten. Sie bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. Gleiches gilt auch für die Aufhebung dieser Vorschrift. Nebenabreden, die ebenfalls der Schriftform unterliegen, bestehen nicht.

§ 9 Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses öffentlich-rechtlichen Vertrages unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen in diesem Vertrag enthaltenen Regelungen. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos entfallen kann, ist sie durch eine solche zu ersetzen, die dem beabsichtigten Sinn und Zweck am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit der Vertrag lückenhaft sein sollte.

§ 10
Schlussbestimmungen

Der Vertrag wird zweifach ausgefertigt. Beide Ausfertigungen werden von der verpflichteten Person unterschrieben und den Bewerbungsunterlagen beigelegt. Sollte die verpflichtete Person im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Vergabe der Studienplätze nach der Quote zur Sicherstellung des ärztlichen Nachwuchses im Öffentlichen Gesundheitsdienst in Rheinland-Pfalz erfolgreich sein, wird der Vertrag von Seiten des Landes ebenso unterschrieben und wird damit rechtskräftig. Die Vertragsparteien erhalten nach der Unterzeichnung je eine Ausfertigung des Vertrages.

Für das Land:

Für die verpflichtete Person:

Mainz, im Februar 2025

Ort, Datum

Ort, Datum

Landesamt für Soziales, Jugend
und Versorgung

Unterschrift

ggf. Unterschrift des gesetzl. Vertreters